

# »Man kann über vieles diskutieren«

Grün-Rot sucht beim Thema Straßenbau den Dialog mit den Regionen / Entscheidung fällt aber in Berlin

Von Ralf Deckert

Freiburg. Entschieden wird am Ende zwar in Berlin, doch die grün-rote Landesregierung sucht mit Blick auf den Bau und Erhalt von Autobahnen und Bundesstraßen schon jetzt den Konsens und Dialog mit den Regionen.

Bei vier Regionalkonferenzen in den vier Regierungsbezirken des Landes haben Verkehrsminister Winfried Hermann und seine Staatssekretärin Gisela Splett (beide Grüne) mit Vertretern von Politik, Verbänden und Bürgerschaft über die Kriterien diskutiert, nach denen bis zum Herbst die Vorschläge des Landes für die Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans in zwei bis drei Jahren aufgestellt werden sollen.

Splett betonte bei der abschließenden Regionalkonferenz in Freiburg vor knapp 200 Teilnehmern, dass das Land im Grunde mit dem Bund auf einer Linie liege, wenn es darum geht, dem Erhalt des Straßennetzes mehr Aufmerksamkeit als dem Bau neuer Straßen zu schenken. Die Staatssekretärin wiederholte zudem, dass aus Sicht der Landesregierung keine leeren Versprechungen für Straßen, die am Ende am Geld scheitern, gemacht würden – auch wenn die Erwartungen natürlich überall im Land hoch seien. Aber: »Aus den Projekten des Verkehrswegeplans von 2003 wurde bis heute vom Bund nur ein Drittel der Maßnahmen umgesetzt«, so die Grünen-Politikerin. Man wolle aber, ergänzte die südbadische Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer (parteilos), künftig in den Behörden nicht mehr Straßen



Quelle: SchwaBo 02.05.2013

Knapp 200 Teilnehmer kamen zur abschließenden Regionalkonferenz in Freiburg.

Foto: Deckert

planen, die am Ende doch nur »in irgendwelchen Amtsschubladen versauern«.

Stattdessen setzt das Verkehrsministerium auf einen Kriterienkatalog, nach dem die Liste der 37 anstehenden Autobahn- und Bundesstraßenprojekte in Südbaden und rund 160 Projekte landesweit »priorisiert« werden sollen.

## Europaweite Bedeutung ist wichtiger Aspekt

Bei den bevorzugten Straßen geht es vor allem um Strecken mit europaweiter Bedeutung wie die A 5, um Verbindungen zwischen Oberzentren und Hauptverkehrsachsen mit mehr als 10 000 Autos am Tag und um Einzelmaßnahmen, bei denen mit relativ geringem Aufwand viele Menschen vom Verkehr entlastet werden können. Wichtige Kriterien für die Prioritätenliste seien Kosten, Sicherheitsrelevanz, Verkehrsfluss, Auswirkungen auf Mensch und Umwelt und Netzfunktion der Straßen, so

Gisela Splett. Mit Blick auf Streitthemen wie die Frage, ob die B 462 eine Chance als relevante Achse zwischen Ortenau und Balingen haben kann, betonte die Staatssekretärin, dass man in Stuttgart durchaus diskussionsbereit sei, wenn es um die Verbindung von Mittelzentren gehe. »Unsere Kriterien liegen zwar klare Gutachten zugrunde, man kann aber über vieles diskutieren«, so Splett.

Gegenüber der südbadischen Vorschlagsliste, die dem Bundesverkehrswegeplan von 2003 vorausging, ist die aktuelle Liste für Südbaden um zwölf Projekte kleiner ausgefallen.

Das seien, so die Regierungspräsidentin, einerseits Bundesstraßen wie die B31, die mittlerweile gut dreispurig passierbar seien, aber auch teure Projekte mit wenig Entlastungsfunktion gewesen. »Die Regionalkonferenzen dienen auch dem Zweck, herauszufinden, wo wir bei unseren Kriterien vielleicht etwas übersehen haben«, so

Splett vor der Debatte. Bis Mitte Mai will das Ministerium für Stellungnahmen zu den Kriterien offen sein. Als »gesetzt« für die Vorschläge gegenüber dem Bund gelten die B27 Ortsumfahrung Behla (Schwarzwald-Baar-Kreis), der Ausbau B33 zwischen Alsenbach und Konstanz, die Ortsumfahrungen für Grenzach und Wyhlen am Hochrhein und die B294-Ortsumfahrungen Winden (Kreis Emmendingen). Ansonsten könne man aber jetzt noch keine Vorhersagen machen, wie in fünf Monaten die Prioritätenliste des Landes für den neuen Bundesverkehrswegeplan aussehen werde, sagte Splett.

Genau das war am Dienstag allerdings auch ein Kritikpunkt: Der Emmendinger CDU-Bundestagsabgeordnete Peter Weiß sagte, die Diskussion wäre sicher spannender, wenn es bereits konkrete Vorschläge des Landes zu besprechen gäbe. Vertreter mehrerer Bürgerinitiativen forderten zudem vom Land mehr Unterstützung für ihre jeweiligen

Verkehrsprojekte. Kritik vom baden-württembergischen Gemeindetag gab es zudem an den Plänen des Bundes, künftig 70 Prozent des Geldes für den Straßenbau in Autobahnen und autobahnähnliche Straßen zu stecken. »Der ländliche Raum darf aber nicht abgehängt werden«, so Vizepräsident Artur Ostermaier.

## Wirtschaft signalisiert Zustimmung

Der Freiburger IHK-Hauptgeschäftsführer Andreas Kempff signalisierte indes die grundlegende Zustimmung der südbadischen Wirtschaft zu den Priorisierungsplänen des Landes, forderte aber eine stärkere Berücksichtigung wirtschaftlicher Interessen. Das Land müsse sich dafür stark machen, so Kempff, dass man beim Verteilen des Geldes berücksichtigen müsse, dass Südbaden wegen der schwierigen Topographie auch mehr Geld für Bau und Erhalt von Straßen bekommen müsse.